



STELLUNGNAHME

Flächenverbrauch verringern, Bodenfunktionen erhalten

Der Katholische Deutsche Frauenbund fordert die Bundesregierung und die verantwortlichen Ministerien auf, Rahmenbedingungen und Kriterien festzulegen, um den Flächenverbrauch deutlich zu verringern. Dazu gehört:

- Ausweisung von neuen Wohn-, Gewerbe- und Industriegebieten stärker regulieren,
- bereits versiegelte Flächen entsiegeln bzw. nur teilweise versiegeln,
- Verkehrswege und Versorgungsleitungen möglichst in einer Trasse bündeln,
- Brachen und andere leerstehende Flächen (Baulücken) in bereits bebauten Gebieten gezielt nutzen,
- vorhandene Bausubstanz erweitern,
- leerstehende Gebäude nutzen.

Bei der Entwicklung der Nationalen Nachhaltigkeitsstrategie formulierte die Bundesregierung das Ziel, den täglichen Zuwachs an Siedlungs- und Verkehrsfläche bis zum Jahr 2020 auf **30 Hektar** zu begrenzen, bis 2030 auf weniger als 30 Hektar. Eine Begrenzung des Flächenverbrauchs ist notwendig, da Fläche eine endliche natürliche Ressource darstellt. Um ihre Nutzung konkurrieren Land- und Forstwirtschaft, Siedlungs- und Verkehrsentwicklung, Naturschutz, Rohstoffabbau und Energieerzeugung. Eine besondere Bedeutung haben unversiegelte Böden als natürliche Wasserspeicher, die bei Starkregenereignissen als Puffer dienen und Überschwemmungsrisiken senken. Aktuelle Erhebungen zeigen allerdings, dass das Ziel der Verringerung des Flächenverbrauchs deutlich verfehlt wurde (2020: 54 ha).

Beschluss der KDFB-Bundesdelegiertenversammlung, 23.10.2022